

# Badener Tagblatt



**Mikaela Shiffrin**

Nach vielen Rückschlägen gewinnt sie den Ski-Gesamtweltcup. **Sport**

Freitag, 18. März 2022

AZ 5001 Aarau | Nr. 65 | 27. Jahrgang | Fr. 3.50 badenertagblatt.ch

## Selenski kritisiert Nestlé: «Solche Firmen finanzieren den Krieg»

Der Konzern gerät unter Druck, weil er in Russland bleibt. Die humanitäre Lage in der Ukraine verdüstert sich.

**Stefan Ehrbar, Fabian Hock und Fabian Hägler**

Über 200 Firmen von McDonald's über Swatch bis zu Coca-Cola haben Russland seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine verlassen. Gestern folgte der deutsche Baumarkt-Riese Obi. Weiter in Russland tätig ist der Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestlé. Das sorgt für Kritik. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski hat Nestlé ange-

sprochen: «Grosse Firmen finanzieren die russische Kriegsmaschine, obwohl sie sich längst hätten zurückziehen sollen». Laut einer ukrainischen Zeitung ermöglichen die Steuereinnahmen, die Nestlé in Russland generiert, den Kauf von über 500 Panzern. Die Firma widerspricht, will aber keine neuen Massnahmen in Russland ergreifen.

Die russische Armee führt derzeit den Angriffskrieg mit unverminderter Brutalität weiter. Besonders hart trifft

es Mariupol. In der Hafenstadt im Südosten sind nach drei Wochen Bombardierung laut dortigen Behörden 80 Prozent der Wohnungen zerstört. «Täglich werden im Durchschnitt 50 bis 100 Bomben auf die Stadt geworfen. Die Verwüstung ist enorm», teilte der Stadtrat mit. Tausende müssen vor dem russischen Dauerbeschuss Deckung suchen. Auf die katastrophale Lage in Mariupol wies auch Präsident Selenski bei seiner Video-Ansprache vor dem

Bundestag in Berlin hin – und redete dem deutschen Kanzler ins Gewissen.

Die massiven russischen Angriffe auf zivile Wohngebiete treiben immer mehr Ukrainer in die Flucht. Der Bund weist dem Kanton Aargau zwischen 200 und 400 Ukraine-Flüchtlinge pro Woche zu. Das Sozialdepartement ruft die Gemeinden nun «dringendst» auf, weitere Unterkünfte bereitzustellen und dem Kanton zu melden.

**Kommentar rechts Schwerpunkt, Region**

**Kommentar**

### Die Zeichen der Zeit nicht erkannt

Wir halten uns raus aus der Politik! Das ist das Credo westlicher Konzerne, und damit begründen Weltmarken wie Coca-Cola, Google oder Rolex, dass sie ihre Produkte auch in Staaten verkaufen, die von Despoten regiert werden. Für den Marktzugang gehen sie oft fragwürdige Deals ein.

Schon in normalen Zeiten machen es sich die Konzerne damit zu einfach. Im Krieg funktioniert ihr Credo definitiv nicht mehr. Denn Firmen, die in Russland selbst jetzt noch geschäften, halten sich mitnichten aus der Politik heraus – sondern sie setzen sich im Gegenteil dem Verdacht aus, Politik zu machen. Politik zu Gunsten des Kriegstreibers Wladimir Putin.

Nestlé ist so eine Firma. Sie hat, anders als die meisten anderen Konzerne, die Zeichen der Zeit nicht erkannt und erleidet nun einen Reputationsschaden, der das Unternehmen aus Vevey teuer zu stehen kommen könnte als ein Russland-Boycott. Ukraines Präsident Wolodimir Selenski hat Nestlé ausdrücklich genannt in einer viel beachteten Ansprache. Er brachte Nestlé als Beispiel für grosse Unternehmen, welche «die russische Kriegsmaschinerie mitfinanzieren».

Nestlé sollte jetzt nachholen, was es längst hätte tun sollen: In Russland nur noch Grundnahrungsmittel verkaufen. Ein Totalboykott würde die falschen Leute treffen. Aber dass Nestlé mit entbehrlichen Produkten wie Schokolade und Glace in Russland auch drei Wochen nach Kriegsbeginn weiter Umsatz macht, ist unverständlich.



**Patrik Müller**  
patrik.mueller@chmedia.ch

## Bundesrätin Viola Amherd in Baden: «Wir müssen überlegen, ob es Sinn macht, die Armee aufzustocken»



Die Verteidigungsministerin sprach am KMU-Swiss-Symposium im Badener Trafo über den Krieg in der Ukraine, die neuen bürgerlichen Gegner des Kampfs

F-35 und Frauen in der Armee. Die Forderung, den Armeebestand zu erhöhen, müsse man gut anschauen, sagte sie. **Region**

Bild: Alex Spichale

## Aargauer machen für ausgeladene russische Cellistin ein Ersatzkonzert

**Boswil** Die Entrüstung war riesig, nachdem die Kartause Ittingen letzte Woche ihren Konzertgängern mitgeteilt hatte, dass man die russische Cellistin Anastasia Kobekina eingeladen habe. Der Grund: sie sei Russin. Kaum hatte man ihr abgesagt, waren auch schon zwei Aargauer Konzertveranstalter bereit, ein Ersatzkonzert am selben

Tag zu organisieren. Jetzt haben sie sich zusammengeschlossen und engagieren Kobekina und ihren Klavierbegleiter zusammen mit einem ukrainischen Violinisten. Das Benefizkonzert findet am 26. März in der Alten Kirche Boswil statt. Kobekina wird Werke eines russischen und eines ukrainischen Komponisten spielen. **(bez) Kultur**

## 126 Covid-Patienten haben am KSA eine Antikörperinfusion erhalten

**Corona** Für Menschen, die zur Risikogruppe gehören, wird es zunehmend schwierig, sich vor dem Virus zu schützen. Stecken sie sich an, kann eine Antikörpertherapie einen schweren Krankheitsverlauf verhindern. Am Kantonsspital Aarau (KSA) haben seit Dezember 2021 insgesamt 126 Covid-Patientinnen und Covid-Patienten per Infusion

Antikörper erhalten. Die Nachfrage habe zugenommen, sagt Infektiologe Christoph Fux. Wegen der neuen Omikron-Variante B.1.1.52 wird aktuell über eine Dosissteigerung diskutiert. Denn mehrere Laborstudien haben gezeigt, dass das Antikörpermedikament Sotrovimab weniger oder gar nicht mehr wirksam ist. **(nla) Region**

## Mellingen stellt harte Fusionsbedingungen

**Fusionsprüfung** Der Mellinger Gemeinderat reagiert auf den erneuten Annäherungsversuch aus Tägerig und stellt harte, klare und nicht verhandelbare Bedingungen für eine Fusion: Eine Änderung des Ortsnamens oder eine Steuererhöhung kommen nicht infrage. Für die Angestellten Tägerigs gebe es keine Job-Garantie. Für Gespräche sei man aber offen. **(af) Region**

## Bundesrätin Viola Amherd kritisiert anonyme bürgerliche Kampfjet-Gegner

In Baden sprach die Bundesrätin über den F-35, den Krieg in der Ukraine – und sie verriet, was sie von einer Dienstpflicht für Frauen hält.

Pirmin Kramer

Linke Parteien wehren sich schon lange gegen den geplanten Kauf des Kampfjets F-35. Überraschend hat sich nun auch ein bürgerliches Komitee formiert, das sich gegen die Beschaffung des amerikanischen Tarnkappenbombers durch die Schweizer Luftwaffe ausspricht. Es soll aus 49 Personen bestehen, wobei nur zwei von ihnen mit Namen hinstehen, wie der «Tages-Anzeiger» diese Woche berichtet hat.

Bundesrätin Viola Amherd (Mitte) hat sich am Donnerstag in Baden am «KMU Swiss Symposium» im Badener Kongresszentrum Trafo zu den neuen Kampfjet-Gegnern geäussert. «Ich habe die Website dieses sogenannten bürgerlichen Komitees angeschaut und dort nur zwei Personen gesehen.» Der Rest der Gruppe sei anonym, warf Moderator Hugo Bigi ein – und Viola Amherd antwortete: «Das ist eben ein wenig heikel.» Mit der nächsten Aussage sorgte sie für Lacher im Publikum: «Ich glaube, ich gründe jetzt dann ein Frauenkomitee für den F-35, zu zweit wären wir schon, meine Mitarbeiterin und ich – die anderen sind anonym.»

### «Intransparent und schwer einzuordnen»

Amherd erklärte weiter: «Offen gesagt: So wie das daherkommt, ist es für mich sehr intransparent und schwer einzuordnen. Mir ist ehrlich gesagt noch nicht ein einziger bürgerlicher Parlamentarier oder eine bürgerliche Parlamentarierin begegnet, die gegen den F-35 ist. Ich weiss nicht, woher die anonymen Komitee-Mitglieder kommen.»

Eine Evaluation habe ergeben, dass der F-35 mit Abstand das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweise und technisch



Verteidigungsministerin Viola Amherd sprach im Badener Kongresszentrum Trafo über die Schweizer Sicherheitspolitik. Bild: Alex Spichale

das beste Flugzeug sei. «Das Resultat ist klar», so Amherd. Sie sei ein wenig enttäuscht von den Initianten, dass die Initiative gegen den Kampfjet-Kauf noch nicht eingereicht worden sei. «Wenn sie nicht bis Ende März eingereicht wird, reicht es nicht mehr, im Jahr 2023 abzustimmen.» Die Schweiz hätte keine gültige Offerte mehr, wobei man vorsorglicherweise mit den USA über eine Ausdehnung der Gültigkeit verhandle. Aber es komme nun ein anderes Problem dazu: Im Dezember habe Finnland beschlossen, 65 F-35 zu

kaufen. Deutschland habe diese Woche entschieden, 35 Jets zu beschaffen. «Dort ist das entschieden – es kann nicht garantiert werden, dass wir dann unsere Produktionsslots noch haben. Dieses Risiko besteht.»

### «Das russische Vorgehen wird immer brutaler»

Die Verteidigungsministerin äusserte sich auch ausführlich zum Krieg in der Ukraine. «Wir erleben eine Zeit, die deutlich macht, dass Sicherheit nicht ein naturgegebenes Gut ist. Am Rande von Europa herrscht

### «Wir müssen schon überlegen, ob es nicht Sinn machen würde, die Armee aufzustocken.»

Viola Amherd  
Bundesrätin

Krieg. Mit der russischen Invasion in die Ukraine erleben wir eine Zäsur. Der Krieg ist in Europa zurückgekehrt.»

Dieser Krieg werde mit zunehmender Brutalität geführt. «Städte werden eingekesselt und beschossen, das russische Vorgehen wird immer brutaler und rücksichtsloser. Das Leid der ukrainischen Bevölkerung ist unermesslich.» Fundamentale Regeln des Völkerrechts seien gebrochen worden, die territoriale Integrität und Souveränität eines Staates mit militärischer Gewalt verletzt.

Die Sicherheitsordnung Europas sei gewaltsam und nachhaltig erschüttert worden.

«Bis vor drei Wochen gab es immer wieder Verlautbarungen, dass es in Europa nie mehr zu einem konventionellen Krieg kommen würde. Man müsse sich gegen Cyberangriffe, Terroranschläge, Desinformationskampagnen und Naturkatastrophen wappnen.» Das Verteidigungsdepartement und die Armee hätten immer darauf hingewiesen, dass diese neuen Bedrohungen die alten nicht ablösen würden, sondern dass sie dazukommen.

### Grössere Armee? «Müssen wir uns schon überlegen»

Im Parlament wurde diese Woche gefordert, den Armeebestand um 20 000 Personen auf 120 000 Frauen und Männer zu erhöhen. Dazu sagte Amherd: «Diese Forderung muss man gut anschauen. Ich würde sie nicht im Vorhinein als absurd bezeichnen. Wir müssen schon überlegen, ob es nicht Sinn machen würde, die Armee aufzustocken, damit wir, wenn ein weiterer Krisenfall kommt, genügend Leute zur Verfügung hätten.» Zehntausende Diensttage seien bereits für die Pandemie geleistet worden, und vielleicht werde die Armee im Rahmen der Ukraine-Krise für die Betreuung der Schutzsuchenden erneut zum Einsatz kommen.

Zur Debatte um eine Dienstpflicht für Frauen sagte Viola Amherd: «Ich bin natürlich eine starke Förderin von Frauen in der Armee. Eine Pflicht für Frauen ist aber nicht meine erste Option, ganz offen gesagt. Auch wenn man aus Überlegungen der Gleichberechtigung dafür plädieren könnte. Aber ich würde zuerst lieber die Lohngleichheit umsetzen.»

## Mellingen stellt harte und klare Bedingungen für eine Fusion

Gemeinderat reagiert auf die Avancen aus Tägerig und sagt: Eine Änderung des Ortsnamens oder eine Steuererhöhung kommen nicht in Frage.

Andreas Fretz

Der Gemeinderat Tägerig streckt seine Fühler schon länger nach möglichen Fusionspartnern aus. Der Beginn der Amtsperiode wurde zum Anlass genommen, bei den neu zusammengesetzten Gemeinderäten der Region erneut nachzuhaken. Im Januar wandte sich Tägerig an die Räte in Mellingen, Hägglingen, Niederwil, Stetten und Wohlenschwil. Sie wurden bis Ende April um eine Stellungnahme ersucht, wieweit sie sich die Verhandlung über eine Fusion mit Tägerig oder aber mit weiteren Gemeinden als künftige Teilregion vorstellen könnten.

Die Stellungnahme des Mellinger Gemeinderates liegt nun vor. Er zeigt sich grundsätzlich

offen für Gespräche in Sachen Fusionsvorabklärungen, sagt aber auch: «Andere Fusionsprojekte im Kanton Aargau haben aufgezeigt, dass Gemeindegemeinschaften mit mehreren Gemeinden nur selten zu einem guten Resultat führen. Es dürfte zielführend sein, wenn der Fokus in einem ersten Schritt auf die mögliche Fusion Tägerig und Mellingen gelegt wird.»

Gemeindefusionen seien nur von Erfolg gekrönt, wenn beide oder sämtliche Parteien mit voller Überzeugung ins Projekt starten. Mellingen schlägt vor, dass die beteiligten Gemeinderäte eine Absichtserklärung unterzeichnen sollten. Wertvoll wäre zudem, wenn die Bevölkerung vorgängig befragt würde und auch hier eine klare Ten-

denz erkennbar wäre. «Fusionsverhandlungen «contre cœur» sind nicht von Erfolg gekrönt und binden unnötige personelle und finanzielle Ressourcen.» Sollte sich aber eine Gemeinde mit klar definierten Fusionsabsichten an den Gemeinderat Mellingen wenden, würde diese Anfrage gerne geprüft.

### Keine Job-Garantie für die Angestellten Tägerigs

Der Mellinger Gemeinderat stellt aber harte, klare und nicht verhandelbare Fusionsbedingungen. Demzufolge müsste die Bezeichnung der politischen Gesamtgemeinde «Mellingen» lauten. Natürlich könne angestrebt werden, dass die Postadressen erhalten bleiben. Sollte es gleichlautende Strassenna-

men geben, müsste im Prozess eine Bereinigung stattfinden.

Auch dürfe der Steuerfuss Mellingens aufgrund einer Fusion nicht ansteigen. In Mellingen beträgt er derzeit 110, in Tägerig 127 Prozent. Zudem stellt der Gemeinderat klar: «Im Rahmen des Gemeindegemeinschaften schliessens kann dem Personal der Gemeinde Tägerig leider keine Garantie auf Weiterbeschäftigung in der fusionierten Gemeinde erteilt werden.» Weiter verlangt Mellingen, dass seine Ortsbürgergemeinde schon vor einigen Jahren aufgelöst und mit der Einwohnergemeinde zusammengeschlossen hat: «Vor einer Fusion müsste die Gemeinde Tägerig ebenfalls dazu bereit sein, ihrerseits die Ortsbürgergemeinde aufzulösen.»

Mellingen ersucht nun seinerseits den Gemeinderat Tägerig um eine Stellungnahme bis zum 10. Juni. Konkret möchte der Gemeinderat wissen, wie die Exekutive Tägerigs die Fusionsbedingungen beurteilt und ob

sie bereit sei, eine Absichtserklärung zu unterzeichnen. Nach dem Vorliegen der Stellungnahme zieht der Mellinger Rat in Betracht, die Bevölkerung zu befragen. Danach könnten die weiteren Schritte definiert werden.

ANZEIGE

**Gfeller & Käufeler**  
In Immobilien sind wir zuhause.

Im Grossraum Baden zuhause.

Gfeller & Käufeler Immobilien AG  
Bahnhofstrasse 88  
5430 Wettingen  
gfeller-kaeufeler.ch

Daniel Gfeller & Michael Käufeler  
Geschäftsleitung